

Österreich

PAUL LUIF

Die erste ÖVP-FPÖ-Regierung war nur gut zweieinhalb Jahre im Amt. Nach innerparteilichen Streitigkeiten in der FPÖ verkündete Bundeskanzler Wolfgang Schüssel am 9. September 2002 Neuwahlen. Die Wahlen vom 24. November 2002 brachten dann ein die politische Landschaft in Österreich umwälzendes Ergebnis. Die EU-kritische FPÖ wurde durch die Wahlen erheblich geschwächt. Wie in anderen europäischen Staaten musste die Regierung die Reform der Altersversorgung gegen den massiven Widerstand von Opposition und Gewerkschaften durchsetzen.

Der Weg zu den Nationalratswahlen vom 24. November 2002

In der Regierungspartei FPÖ kam es 2002 immer wieder zu offenen oder verdeckten Auseinandersetzungen zwischen ihren Vertretern in der Regierung und dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider. Ein Grund dafür waren die seit dem Regierungseintritt hohen Verluste der FPÖ bei Wahlen in drei Bundesländern (Steiermark, Burgenland, Wien). Schon im Februar 2002, während eines Aufenthaltes von Vizekanzlerin (und FPÖ-Parteivorsitzenden) Susanne Riess-Passer in den USA, besuchte Jörg Haider überraschend den irakischen Diktator Saddam Hussein in Bagdad. Diese Reise stieß sowohl in der FPÖ und bei den anderen Parteien als auch im Ausland auf Kritik.¹

Zwischen den Regierungsparteien gab es weiterhin Unstimmigkeiten wegen des Verhältnisses zu Tschechien.² Bezüglich des aus Österreich stammenden Agrarkommissars Franz Fischler kam es zu Diskussionen. Riess-Passer warf Fischler vor, er habe „in all den Jahren nichts anderes getan, als die österreichischen Bauern zu verraten“.³ Die Vorlage von Fischler zur Reform der EU-Agrarpolitik Anfang Juli 2002 wurde dann von Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer (ÖVP) – interessanterweise auf einer Pressekonferenz mit seinem französischen Amtskollegen Hervé Gaymard – deutlich kritisiert.⁴

Am Parteitag im Juni 2002 beschloss die FPÖ, eine Senkung der Steuern für 2003 zu fordern, wobei eine Entlastung der „kleinen Einkommen“ im Zentrum stehen sollte. Nach dem mit hohen Schäden verbundenem Hochwasser im August 2003 trat der Bundesparteivorstand der FPÖ jedoch dafür ein, die Steuerreform aufzuschieben. Daraufhin kündigte Jörg Haider ein Volksbegehren für eine Steuerreform an. Seine Anhänger trafen sich am 7. September 2002 in Knittelfeld zu einem „Delegiertentreffen“, wo sie einen zuvor ausverhandelten Kompromiss zwischen Haider und Riess-Passer verwarfen. Am nächsten Tag verkündeten Riess-

Passer, FPÖ-Finanzminister Grasser und FPÖ-Klubchef Westenthaler ihren Rücktritt von den (Partei-)Funktionen. Aus diesen Konflikten in der FPÖ zog Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) die Konsequenzen und verkündete am 9. September 2002, nach einem Besuch beim Bundespräsidenten, Neuwahlen. Den dazu nötigen Beschluss fasste dann der Nationalrat am 20. September 2002.⁵

In der Wahlkampagne lautet das primäre Werbeschlagwort der SPÖ „Weil der Mensch zählt“, um damit gegen dem Spar- und Reformkurs der ÖVP-FPÖ-Regierung anzutreten. Die Schwäche des SPÖ-Spitzenkandidaten Alfred Gusenbauer bei Sympathiewerten versuchte die ÖVP mit dem Slogan „Wer, wenn nicht er“, gemünzt auf Bundeskanzler Schüssel, auszunützen. Die FPÖ versuchte auch das Europathema in den Vordergrund ihrer Wahlwerbung zu stellen, in dem sie propagierte, „Wer EU-kritisch ist, wählt blau“.⁶ Die Grünen forderten hingegen eine rasche europäische Einigung „ohne Veto-Drohungen“.⁷ Die Regierungsparteien zeigten die negative Entwicklung in Deutschland unter der Rot-Grünen-Regierung auf; die SPÖ verzichtete daraufhin auf die Teilnahme von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an der Wahlkampfschlussveranstaltung.⁸ Negativ für die FPÖ, hingegen von großer Wirksamkeit für die ÖVP, war die Entscheidung des populärsten Bundespolitikers Österreichs, Karl-Heinz Grasser, als unabhängiger Minister weiterhin für die Budgetpolitik der ÖVP zur Verfügung zu stehen.⁹

Eine Kontroverse des Wahlkampfs bezog sich auf die Ansicht der EU-Kommission, das Gesamtdefizit der öffentlichen Haushalte werde 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für 2002 betragen. Damit hätte sich in Österreich die Budget-Situation, nach dem von der Regierung lautstark propagierten „Null-Defizit“ des Vorjahres,¹⁰ stark verschlechtert und die Wahlwerbung der Regierungsparteien an Überzeugungskraft verloren. Finanzminister Grasser widersprach vehement der Aussage der EU-Kommission und gab eine „persönliche Garantie“ für ein Defizit von höchstens 1,3 Prozent ab.¹¹ Das tatsächliche öffentliche Defizit für 2002 betrug schließlich nur 0,6 Prozent.¹²

Das Ergebnis der Nationalratswahlen und die Regierungsbildung

Die Nationalratswahlen vom 24. November 2002 brachten dann ein für alle Beteiligten im Ausmaß der Veränderungen unerwartetes Ergebnis (siehe Tabelle). Das Wahlergebnis und die Wählerwanderungsanalysen wiesen auf einen massiven Wählerstrom von der FPÖ zur ÖVP hin.¹³

Zwei Tage nach der Wahl erteilte Bundespräsident Thomas Klestil dem eindeutigen Wahlsieger, ÖVP-Obmann Schüssel, den Auftrag zur Regierungsbildung. Diese erwies sich als sehr schwierig. Zwar hatten ÖVP und FPÖ weiterhin die absolute Mehrheit an Mandaten, aber die Turbulenzen in der FPÖ und der große Stimmenverlust veranlassten Wolfgang Schüssel, auch andere Kombinationen zu testen. So begannen am 3.12.2002 „Sondierungsgespräche“ zwischen ÖVP und SPÖ, ein paar Tage später Gespräche der ÖVP mit der FPÖ und den Grünen. Der Vorsitzende der SPÖ, Alfred Gusenbauer, schien einer neuen Großen Koalition nicht abgeneigt zu sein.¹⁴ Das Präsidium der SPÖ sprach sich am 21. Januar 2003 zwar für

Koalitionsverhandlungen aus, aber nach einer Abkühlung des Gesprächsklimas zwischen ÖVP und SPÖ kam es am 6. Februar 2003 zum Beschluss von ÖVP und Grünen, „vertiefende Regierungsverhandlungen“ aufzunehmen.¹⁵ Diese scheiterten jedoch, als am 16. Februar 2003 die Grünen die Verhandlungen abbrachen.

Tabelle: Ergebnisse der Nationalratswahlen 2002 im Vergleich zu den Nationalratswahlen 1999

	Nationalratswahl 3.10.1999 (Wahlbeteiligung: 80,4%)		Nationalratswahl 24.11.2002 (Wahlbeteiligung: 84,3%)	
	%	Mandate	%	Mandate
ÖVP	26,9	52	42,3	79
SPÖ	33,2	65	36,5	69
FPÖ	26,9	52	10,0	18
Grüne	7,4	14	9,5	17

Anmerkung: Endgültiges Ergebnis der Nationalratswahl 2002, von der Bundeswahlbehörde am 13. Dezember 2002 festgestellt.

Quelle: Österreichisches Innenministerium [<http://www.bmi.gv.at/wahlen/>].

Am 20. Februar 2003 entschied sich schließlich die ÖVP, mit der FPÖ über eine Neuauflage der Koalition zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden rasch zu Ende geführt, am 28. Februar 2003 wurde die Regierung Schüssel II vom Bundespräsidenten angelobt.

Schon während der ÖVP-FPÖ-Verhandlungen wurde klar, dass die künftige Regierung in der Frage des Transits von schweren Lastkraftwagen durch Österreich und im Streit um die Benesch-Dekrete mit Tschechien die „Veto-Drohung“ (Verweigerung der Zustimmung zur EU-Erweiterung) nicht aufrechterhalten wird.¹⁶ Das Regierungsprogramm spricht von einem „Bekenntnis zur Erweiterung der Europäischen Union“ und von einer „Verpflichtung zur termingerechten Unterzeichnung und raschen Ratifikation des EU-Beitrittsvertrages“.¹⁷

Bei der Sicherheitspolitik werden die Bemühungen zur Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung unterstützt. Die Regierung ist für die „[a]ktive Mitwirkung und Mitarbeit Österreichs an einer zukünftigen Beistandsgarantie“ und für die „Aufnahme einer Solidaritätsklausel zur Bewältigung von terroristischen Bedrohungen“ im Rahmen der EU. Bezüglich der Nato spricht sich das Regierungsprogramm dafür aus, den sicherheits- und verteidigungspolitischen „Nutzen einer Nato-Mitgliedschaft“ laufend zu beurteilen und die „Beitrittsoption“ im Auge zu behalten.¹⁸

Weitere Aspekte der österreichischen EU-Politik

Die überwiegende Mehrheit der Österreicher hat sich mit der EU-Mitgliedschaft abgefunden. Bezüglich der EU-Erweiterung hat sich seit dem Antritt der ÖVP-FPÖ-Regierung im Februar 2000, im Gegensatz zu vorher, die Mehrheit der Österreicher mit gewissen Schwankungen „für die Osterweiterung“ ausgesprochen, wobei es ab Ende 2001 zu einer Verstärkung der Zustimmung gekommen ist.¹⁹

Das von der Regierung vorgelegte Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt der zehn Kandidatenstaaten zur EU wurde vom österreichischen Nationalrat am 9. Juli 2003 einstimmig angenommen. Dieses Gesetz schafft die verfassungsrechtliche Grundlage für die eigentliche Ratifizierung des Beitrittsvertrags zwischen der EU und den zehn Beitrittskandidaten durch Österreich. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, den Vertrag abzuschließen.²⁰

Die Pensionsreform, ein Hauptpunkt des Regierungsprogramms, stieß auf vehementen Widerstand der Opposition und vor allem der Gewerkschaften. Zwei große Streiktage, 13. Mai und 3. Juni 2003, verfehlten jedoch ihre Hauptziel. Die Pensionsreform wurde zwar „entschärft“, am 11. Juni 2003 jedoch vom Nationalrat verabschiedet. Im Zuge der Auseinandersetzungen wollte SPÖ-Chef Gusenbauer die zögerlichen Kräfte der FPÖ zum Widerstand gegen die Reform und die ÖVP gewinnen; er sprach zu diesem Zweck auch mit Jörg Haider.²¹ Die deutliche Abkehr der SPÖ von der „Ausgrenzungspolitik“ vis-à-vis der FPÖ war aber hier nicht erfolgreich.

Rückschläge für die Regierung gab es bei den Bemühungen, eine provisorische Weiterführung des Transitvertrages nach dem Auslaufen des Ökopunktesystems zum Jahresende 2003 zu erreichen. Im EU-Verkehrsministerrat am 31. Dezember 2002 erreichte, trotz Österreichs Widerspruch, der dänische Kompromissvorschlag eine qualifizierte Mehrheit. Danach sollte das Ökopunkte-Regime zur Reduktion der Abgasemissionen von Lastwagen im Transit durch Österreich um maximal drei Jahre bis 2006 verlängert werden, aber Fahrzeuge mit optimierten Abgaswerten würden aus dem Punkte-Regime entlassen werden und freie Durchfahrt erhalten.²² Im Europäischen Parlament wurde im Plenum am 13. Februar 2003 mit der überwältigenden Mehrheit von 430 Pro- und 79 Gegenstimmen beschlossen, dass nur mehr Lastwagen mit dem höchsten Schadstoffausstoß bis 2006 kontingentiert werden sollten.²³ Nun muss im Vermittlungsausschuss eine Lösung gesucht werden.

In den ersten Monaten des Europäischen Konvents waren die österreichischen Vertreter sehr aktiv. Der vom Bundeskanzler nominierte Regierungsvertreter, Hannes Farnleitner, versuchte, eine Gruppe von kleineren und mittleren Staaten zu organisieren. Johannes Voggenhuber, Vertreter der Grünen Fraktion des Europäischen Parlaments, trat lautstark für eine supranationale Verfassung ein; dabei brach er auch ein Tabu der österreichischen Grünen, indem er sich für eine gegenseitige militärische Beistandspflicht und damit für ein Ende der Neutralität aussprach.²⁴

Bei der letzten Sitzung des Konvents kam es durch eine deutsch-österreichische Initiative zu einer Änderung beim Euratom-Vertrag, der nicht in die Verfassung integriert wurde und daher den Ausstieg eines Landes aus Euratom ermöglichen sollte. Bundeskanzler Schüssel und mit ihm die meisten österreichischen Teil-

nehmer des Konvents kritisierten vor allem zwei Ergebnisse: Die Reduzierung der Kommission auf bloß 15 „vollwertige“ Kommissare und die Abschaffung der rotierenden Präsidentschaft des Europäischen Rates (und des Ministerrates). Der Präsident des Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, fand diese österreichischen Forderungen zur künftigen EU-Verfassung „unsinnig“.²⁵

Die österreichische Position in der EU hat sich 2002/2003 konsolidiert, wozu auch das Wahlergebnis vom 24. November 2002 beigetragen hat. Die Beziehungen zu Tschechien haben sich eindeutig verbessert. Ministerpräsident Vladimír Špidla sprach sogar von den „besten Beziehungen, die es zwischen den beiden Ländern je gab“.²⁶ Österreich ist bemüht, durch eine „Regionale Partnerschaft“ die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und zukünftigen EU-Partnern zu intensivieren.²⁷

Verbessert haben sich auch die Beziehungen zu Frankreich. Neben dem Gleichklang in verschiedenen politischen Bereichen (Agrarpolitik, Pensionsreform) trug dazu auch bei, dass Österreich während des Irak-Krieges US-Militärflugzeugen den Überflug über österreichisches Territorium nicht gestattete. Damit war Österreich, trotz seiner verbalen Neutralität zwischen „altem“ und „neuem“ Europa, de facto der deutsch-französischen Position sehr nahe.²⁸

Anmerkungen

- 1 FP-Unmut über Haider: „Irak-Reise ist seltsam“, in: Die Presse, 14.2.2002, William Hall/Delia Meth-Cohn, Haider stays in the headlines with "private" visit to Saddam, in: Financial Times, 14.2.2002. Auch während der Irak-Krise besuchte Haider Bagdad, siehe Haider traf erneut Saddam Hussein, in: Die Presse, 5.11.2002.
- 2 Siehe Paul Luif, Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002, Europa Union Verlag, Bonn 2002, S. 361–366.
- 3 Streit um Fischler: ÖVP weist FP-Angriffe zurück, in: Die Presse, 9.4.2002.
- 4 Wolfgang Böhm, Achse Paris-Wien gegen Fischlers Agrarreform, in: Die Presse, 16.7.2002.
- 5 Elmar Pichl/Christian Scheucher, Wahlkampf 2002. Die Kunst der richtigen Kampagne, in: Clemens Martin Auer/Michael Fleischhacker (Hrsg.), Diesmal. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Molden, Wien 2003, S. 91–115, hier S. 91.
- 6 Pichl/Scheucher, Anmerkung 5, S. 109.
- 7 Österreich braucht jetzt die Grünen. Das Wahlprogramm, 13.10.2002, Punkt 3.8.
- 8 Peter Pelinka, Die SPÖ. Warum die Sozialdemokratie Platz 1 verloren hat, in: Clemens Martin Auer/Michael Fleischhacker (Hrsg.), Diesmal. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Molden, Wien 2003, S. 31–51, hier S. 43.
- 9 Pichl/Scheucher, Anmerkung 5, S. 113.
- 10 Im Jahre 2001 hatte Österreich gesamtstaatlich einen Überschuss von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielt; Statistik Austria, 3.3.2003 [http://www.statistik.at/fachbereich_02/maastricht_tab.shtml].
- 11 Defizit: Karl-Heinz Grasser widerspricht der EU-Kommission, in: Die Presse, 14.11.2002.
- 12 Statistik Austria, Anmerkung 10.
- 13 Das Institut SORA gab in einer Wählerstromanalyse an, dass 602.000 Stimmen von der FPÖ zur ÖVP wanderten, jedoch nur 135.000 Stimmen zur SPÖ; siehe Clemens Martin Auer, Aufbruch zur Mitte. Warum die ÖVP nach 32 Jahren wieder die Nummer 1 in Österreich wurde, in: Clemens Martin Auer/Michael Fleischhacker (Hrsg.), Diesmal. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Molden, Wien 2003, S. 9–29, hier S. 24.
- 14 Regierungsbildung: Schwarz-rote Sondierungen ab nächster Woche, in: Die Presse, 29.11.2002.
- 15 Schlüssel wendet sich den Grünen zu, in: Die Presse, 7.2.2003.

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

- 16 Wolfgang Böhm/Friederike Leibl, Österreich legt Veto-Keule nieder, in: Die Presse, 27.2.2003.
- 17 Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode, 28.2.2003 [http://www.austria.gv.at/regierungsprogramm.pdf], S. 3/4, und Florian Asamer/Karl Ettinger/ Rainer Nowak, Staatsreform, in: Die Presse, 1.3.2003.
- 18 Regierungsprogramm, Anmerkung 17, S. 5.
- 19 Peter A. Ulram, Einstellungen der Österreicher zur EU, in: Heinrich Neisser/Sonja Puntischer Riekmann (Hrsg.), Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft, WUV-Universitätsverlag, Wien 2002 (= Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 26), S. 65–79, hier S. 77; Umfrage: Österreicher sehen EU-Erweiterung zunehmend positiv, in: Der Standard, 5.8.2002.
- 20 Parlamentskorrespondenz, 9.7.2003, Nr. 560.
- 21 Dieses unter „Spargelassen“ innenpolitisch diskutierte Treffen fand am 9.5.2003 in einem Restaurant in Gleisdorf bei Graz statt.
- 22 Neue EU-Regeln für den Alpentransit. Das Ökopunktesystem für Lastwagen wird verlängert, in: Neue Zürcher Zeitung, 3.1.2003, Nr. 1, S. 3.
- 23 Reinhold Smonig, EU-Parlament räumt mit Ökopunkten auf. Mit großer Mehrheit stimmten die EU-Abgeordneten für eine Minimalvariante der Transitvertragsverlängerung bis 2006, in: Die Presse, 13.2.2003.
- 24 Doris Kraus, Voggenhuber bricht grünes Tabu: Beistandspflicht für gesamte EU, in: Die Presse, 16.11.2002.
- 25 Andreas Schnauder, Konventspräsident rügt Österreichs EU-Politik: „Unsinn“, in: Die Presse, 11.7.2003.
- 26 Anneliese Rohrer, Spidla: Über Benes-Dekrete gibt es keine Verhandlungen, in: Die Presse, 21.2.2003.
- 27 László J. Kiss/Lucie Königova/Paul Luif, Die „Regionale Partnerschaft“: Subregionale Zusammenarbeit in der Mitte Europas, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 32. Jg., 1/2003, S. 57–75.
- 28 Reinhold Smonig, Zarter Flirt zwischen Wien und Paris, in: Die Presse, 1.7.2003.

Weiterführende Literatur

- Günter Bischof/Anton Pelinka/Michael Gehler (Hrsg.), *Austria in the European Union*, Transaction Publishers, New Brunswick–London 2002 (= Contemporary Austrian Studies, Volume 10).
- Erhard Busek/Martin Schauer (Hrsg.), *Eine europäische Erregung Die „Sanktionen“ der Vierzehn gegen Österreich im Jahr 2000. Analysen und Kommentare*, Böhlau, Wien–Köln–Weimar 2003 (= Schriftenreihe des DDr.-Herbert-Batliner-Europainstituts, Band 8).
- Michael Gehler, *Der lange Weg nach Europa*. Band 1 und 2, Studienverlag, Innsbruck etc. 2002.
- Michael Gehler/Anton Pelinka/Günter Bischof (Hrsg.), *Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft/Austria in the European Union. Assessment of Her Membership*, Böhlau, Wien–Köln–Weimar 2003 (= Schriftenreihe des DDr.-Herbert-Batliner-Europainstituts, Band 7).
- Martin Lugmayr, *Österreich und die EU-Osterweiterung. Maximale Chancen – Maximale Risiken*, Frankfurt/Main 2002 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI Politikwissenschaft, Band 447).
- Paul Luif, *Die Rolle der nicht-alliierten Staaten in der EU-Sicherheitspolitik*, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien März 2003 (= Arbeitspapier 44).
- Heinrich Neisser/Sonja Puntischer Riekmann (Hrsg.), *Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, WUV-Universitätsverlag, Wien 2002 (= Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 26).
- Martin Sajdik/Michael Schwarzinger, *Die EU-Erweiterung. Hintergrund, Entwicklung, Fakten*, Verlag Österreich, Wien 2003.